

I001: Dringlichkeitsantrag - GdP: Für eine intensive Auseinandersetzung mit allen gesellschaftlichen Themen – Gegen den politischen Populismus

Laufende Nummer: 317

Antragsteller/in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	I - Dringlichkeit

Dringlichkeitsantrag - GdP: Für eine intensive Auseinandersetzung mit allen gesellschaftlichen Themen – Gegen den politischen Populismus

Der 26. Ordentliche Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einem rasanten
- 2 Wandlungsprozess. Die Bindungskraft der Volksparteien lässt erheblich nach, Bürgerinnen
- 3 und Bürger entscheiden sich zum Teil sehr kurzfristig, bei Wahlen einer Partei ihre Stimme
- 4 zu geben. In den letzten 2 Jahren ist am rechten Rand des Parteienspektrums eine Partei
- 5 entstanden, die teilweise mehr Erfolg bei Wahlen hat als ehemals etablierte Volksparteien.
- 6 Mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger befürchten, dass die Aufsplitterung des
- 7 Parteiensystems zu politischer Instabilität führt.

- 8 Zu den ins Wanken geratenen Gewissheiten der Bundesrepublik Deutschland gehörte aber nicht
- 9 nur ein politisch stabiles System, sondern auch die strikte Trennung von bürgerlichen
- 10 Protesten und rechtsextremen Aufmärschen. Die Vorkommnisse in deutschen Städten zeigen,
- 11 dass auch dieses gesellschaftliche Gebot zwar nach wie vor richtig ist, aber dennoch,
- 12 jedenfalls teilweise, der Vergangenheit angehört. Der Schulterchluss von bürgerlichen
- 13 Protesten und rechtsextremen Hetzern ist besorgniserregend und darf nicht hingenommen
- 14 werden.

- 15 Die in der GdP organisierten Polizeibeschäftigten erleben die ins Wanken geratene
- 16 Gesellschaft jeden Tag im täglichen Dienstgeschäft. Gewalt gegenüber Polizeibeamte,
- 17 Respektlosigkeit und Staatsverdrossenheit prägen den Alltag unserer Kolleginnen und
- 18 Kollegen und werden deshalb von der GdP in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung
- 19 mit großer Beharrlichkeit thematisiert.

- 20 Die Antwort auf gesellschaftlichen Wandel, der sogar teilweise zur Aufgabe
- 21 gesellschaftlichen Grundkonsenses führt, kann für die GdP nur darin liegen, den
- 22 Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit in ihrem Leben zu gewährleisten. Die Furcht der
- 23 Menschen Opfer von Straftaten zu werden, muss viel ernster genommen werden als bislang.
- 24 Der Eindruck vieler Bürgerinnen und Bürger, dass ihr Leben auch deshalb nicht mehr sicher
- 25 ist, weil die Justiz zu schwach sei, um effektiv gegen Straftäter vorzugehen, muss nicht
- 26 nur ernst genommen werden, sondern diesem Eindruck muss endlich auch Rechnung getragen
- 27 werden. Hierauf kann die Antwort nur sein, dass die Justiz in Deutschland klar gestärkt
- 28 wird.

- 29 Die GdP wird mit ihren Funktionsträgerinnen und -trägern auf Landes- und Bundesebene die

- 30 Ursachen des gesellschaftlichen Wandels weiter untersuchen und ihre Analysen gegenüber
31 Parlament und Regierung in Bund und Land nachdrücklich formulieren. Eine rechtsstaatlich
32 handelnde Polizei, die sich ihre Bürgernähe auch in Zeiten zunehmender Notwendigkeit nach
33 Eigensicherung bewahren wird, bleibt Garant für eine stabile Säule der Inneren Sicherheit.
- 34 Die GdP wird gegenüber der Politik in Bund und Ländern den Anspruch formulieren, dass sich
35 Bund, Länder und Kommunen deutlich stärker als bisher mit den Sorgen und Nöten der
36 Bürgerinnen und Bürger auseinanderzusetzen haben. Dabei ist es Aufgabe der GdP mit klaren
37 Standpunkten auf dem Feld der Inneren Sicherheit die Probleme zu benennen, die auch
38 tatsächlich in der Gesellschaft vorhanden sind.
- 39 Die Stärke der GdP ist ihre inhaltliche Differenziertheit. Weil die GdP Populismus
40 ablehnt, ist sie besonders befähigt, auch jene Themen anzugehen, die eine unbestreitbare
41 gesellschaftliche Brisanz haben. Die parteipolitische Unabhängigkeit der GdP verschafft
42 ihr den Raum gegenüber jeder politischen Organisation eine gesellschaftspolitische
43 Problemanalyse und die darauf beruhenden Forderungen nach Verbesserung zu formulieren.
- 44 Der Bundeskongress beauftragt die Gliederungen der Organisation, sich mit dem politischen
45 Populismus aus dem linken und rechten Spektrum intensiv auseinanderzusetzen. Ziel ist es,
46 auch innerhalb der Gewerkschaft die gesellschaftlichen Spannungsfelder offen und
47 transparent zu diskutieren.
- 48 Der Bundeskongress beauftragt darüber hinaus den Bundesvorstand der GdP, das Verhältnis zu
49 rechtspopulistischen Parteien zu klären und dabei auch zu berücksichtigen, dass auch
50 innerhalb der Mitgliedschaft der GdP Anhänger rechtspopulistischer Parteien zu finden sein
51 werden. Dabei stehen die klare Abgrenzung der GdP zu rechtsradikalen oder rechtsextremen
52 Positionen und solche Positionen vertretenden Personen nicht zur Disposition.